

PRESSEMITTEILUNG

24/2023

Telefon 0681/66830-0
Fax 0681/6683017
info@gew-saarland.de

6. Dezember 2023

GEW: „PISA-Ergebnisse spiegeln Lehr- und Fachkräftemangel wider“

Bildungsgewerkschaft zur internationalen Schulleistungsstudie PISA 2022

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mahnt mit Blick auf die ernüchternden PISA-Befunde dringend an Anstrengungen zu unternehmen, um den Lehr- und Fachkräftemangel effektiv zu bekämpfen. Auch, dass sich die Abhängigkeit der schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen vom Elternhaus seit über 20 Jahren nicht verringert hat, bezeichnet die Bildungsgewerkschaft als „Skandal“.

„Das Bildungssystem hat seit Jahrzehnten sowohl ein Leistungs- als auch ein eklatantes Gerechtigkeitsproblem. Wir brauchen zum einen eine durchgängige Förderung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen und zum anderen einen Um- und Ausbau des Bildungssystems, sodass Bildungserfolg unabhängiger vom Elternhaus wird. Dazu braucht es massive Investitionen wie z. B. das ‚Zukunftsvermögen Bildung‘, das die Saar SPD laut eigenem Regierungsprogramm einrichten will,“ fordert der Landesvorsitzende Max Hewer.

Konkret bedeutet das für die GEW eine Schwerpunktverlagerung in der frühkindlichen Bildung durch Priorisierung von Qualität und Ausbau der Kitaplätze, d. h. höhere Investitionen in Personal, statt des Fokus auf Beitragsfreiheit. In der Kita werden die Grundlagen für die weitere Bildungsbiografie gelegt, dazu müssen aber auch die Bedingungen geschaffen werden, um ein Bildungsprogramm umsetzen zu können. Das geht nur mit ausreichendem und qualifiziertem Personal.

An den Schulen fordert die Bildungsgewerkschaft ein Sofortprogramm:

- 100 zusätzliche Planstellen für Lehrkräfte
- 100 zusätzliche Planstellen für multiprofessionelle Teams (u. a. Sprachförderlehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Lehrwerkmeister:innen)
- Reduzierung der Klassenteiler
- Ausbau der Lehramtsstudiengänge, insbesondere im Primarbereich
- Quer- und Seiteneinstiegsprogramme, um die Bewerber:innenzahlen zu erhöhen und Reserven an den Schulen bilden zu können
- Neukonzeptionierung der Personalstunden im FGTS-Bereich unter Wahrung der Qualität und unter Einbezug weiterer Professionen in den multiprofessionellen Teams

Diese Punkte müssen bereits im nächsten Jahr umgesetzt werden. Auch dem Finanzminister, der gestern auf der Streikkundgebung des Öffentlichen Dienstes die „Haushaltsnotlage“ wie eine Monstranz vor sich hertrug, muss klar sein, dass die gesellschaftlichen Folgekosten wesentlich höher sein werden als die jetzt dringend benötigten Investitionen.

Darüber hinaus muss das Thema Bildung auch im Bund zur Chefsache erklärt werden. „Das Startchancenprogramm der Bundesregierung ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn es nicht verstetigt und Teil des Systems wird. Während man für das ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ das Grundgesetz geändert hat, gibt es keinen politischen Konsens dies auch für die Bildung zu tun. Das ist ein Armutszeugnis der Bundespolitik,“ so Hewer abschließend. ■